



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

vor Beginn der Weltklimakonferenz in Kopenhagen wurde die Frage diskutiert, ob die Prognosen der Klimaforscher übertrieben und ihre Warnungen eine aktuelle Variante regelmäßig wiederkehrender negativer Szenarien seien. Bei der Analyse und Interpretation naturwissenschaftlicher Phänomene und technischer Fragestellungen sind die Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträger auf die Expertise der entsprechenden Fachleute angewiesen. Der Laie vertraut zu meist den Gutachten und Empfehlungen der Experten.

Für die überwiegende Mehrzahl der Wissenschaftler ist der Mensch Mitverursacher der gegenwärtigen Erwärmung des Weltklimas. Hierzu beigetragen haben sowohl die wirtschaftliche Entwicklung westlicher Industrienationen als auch der wirtschaftliche Boom Chinas und Indiens in den vergangenen Jahren. Noch nie hatten so viele Menschen gleichzeitig Anteil an einem derart hohen Wohlstandsniveau. Doch dieser durch massives Wirtschaftswachstum und immensen Ressourcenverbrauch entstandene Wohlstand geht auf Kosten der Umwelt. Jenseits des Klimawandels bereiten Trinkwasserversorgung, Müllbeseitigung oder Luftverschmutzung in vielen Städten und Regionen der Dritten Welt große Probleme. Daher muss ein Weg gefunden werden, wie wirtschaftliche Entwicklung und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang gebracht werden können. Bei den Diskussionen, die in der Öffentlichkeit im Vorfeld der Kopenhagener Konferenz geführt wurden, geriet dieser wesentliche Aspekt zeitweise in den Hintergrund.

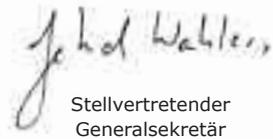
Ihren Ursprung nahm der heute alljährlich stattfindende Weltklimagipfel bei der Konferenz von Rio im Jahre 1992, die mit dem Titel „Umwelt und Entwicklung“ überschrieben war. Diese Themensetzung sollte verdeutlichen, dass für die Staatengemeinschaft Umwelt und Entwicklung untrennbar miteinander verbunden waren. Vor dem Deutschen Bundestag sprach Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel Anfang Dezember vom Klimaschutz als integralen Bestandteil künftiger Entwicklungszusammenarbeit der neuen Bundesregierung. Elend und Armut in der Welt können nur nachhaltig und dauerhaft beseitigt werden, wenn die Entwicklungsländer ihre eigenen Kräfte – auch im wirtschaftlichen Bereich – zum Fortkommen nutzen. Dass sie dabei den Schutz einer gesunden Umwelt nicht aus den Augen verlieren dürfen, liegt in ihrem eigenen Interesse. Klimaschutz bzw. Umweltschutz und Armutsbekämpfung schließen einander nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig.

Gleichzeitig wird die Klimaschutzpolitik immer mehr zu einem bestimmenden Faktor in den internationalen Beziehungen. Der Klimagipfel in Kopenhagen markierte auch für den bisherigen Umgang der Industrieländer mit den Entwicklungsländern eine Zäsur. Im Vorfeld und während des Gipfels wurde deutlich, dass Länder wie China, Indien, Brasilien oder Südafrika nicht mehr nur noch als passive Zuschauer agieren. Die Delegationen dieser Staaten waren mit eigenen Vorschlägen und Ideen nach Kopenhagen gereist, um ihren Interessen Geltung zu verschaffen.

Geändert hat sich damit nicht nur das Machtverhältnis auf dem Feld der Weltklimapolitik. Was in Kopenhagen deutlich wurde, war eine veränderte globale Machtkonstellation: Zwar sind die genannten Länder hinsichtlich ihres politischen Systems und ihrer Kultur äußerst unterschiedlich, doch ist ihnen gemein, dass sie in jüngster Zeit rasch an Wirtschaftskraft und – nicht zuletzt durch die aktuelle globale Wirtschaftskrise – an politischer Macht gewonnen haben. Durch ihren wirtschaftlichen und politischen Erfolg verfügen diese Akteurststaaten über Modellcharakter für zahlreiche ärmere Entwicklungsländer. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuwachsraten dieser Schwellenländer nähren die Einstellung, größeren Einfluss auf die bislang vom Westen dominierten internationalen Institutionen und Spielregeln zu nehmen und sie – etwa bei der Frage eines Post-Kyoto-Abkommens – in ihrem Sinne zu verändern. Der Klimagipfel von Kopenhagen hat

aber auch bestätigt, dass der Kampf gegen die drohende Erderwärmung nur von allen Staaten gemeinsam geführt und gewonnen werden kann.

Das Thema Klima, Energie und Entwicklung wird uns auch in Zukunft begleiten. Es lohnt, auch vor dem Hintergrund des sich wandelnden internationalen Staatensystems, sich intensiv damit zu beschäftigen.



Jochen Wähler,
Stellvertretender
Generalsekretär